

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

05. Juli – 11. Juli 2025

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat einen zweitägigen Staatsbesuch im Vereinigten Königreich absolviert. Begleitet wurde er unter anderem von Verteidigungsminister Sébastien Lecornu sowie von Kultusministerin Rachida Dati. Am ersten Tag des Besuchs betonten König Charles III. und Präsident Macron bei einem Staatsbankett die Bedeutung der „Entente amicale“ – der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Großbritannien. Ein kultureller Höhepunkt des Besuchs war Macrons Ankündigung, dass die französische Regierung dem British Museum erstmals den berühmten Wandteppich von Bayeux ausleihen wird. Das Werk stellt die Schlacht von Hastings im Jahr 1066 und die Eroberung Englands durch Wilhelm den Eroberer dar. Der Teppich gilt als ein grundlegendes Werk zum Verständnis der Ursprünge des heutigen Vereinigten Königreichs. Macron und der britische Premierminister Keir Starmer kündigten außerdem eine engere sicherheitspolitische Kooperation an: Frankreich und Großbritannien wollen ihre nukleare Abschreckung künftig stärker europäisch abstimmen und koordinieren. In der gemeinsamen Erklärung heißt es: „Frankreich und das Vereinigte Königreich sind sich einig, dass es keine extreme Bedrohung für Europa gibt, die nicht eine Reaktion unserer beiden Nationen hervorrufen würde.“ Zudem bestätigte der britische Premierminister Keir Starmer, dass ein Abkommen über die Migration über den Ärmelkanal geschlossen worden sei. Zum ersten Mal werden abgewiesene Bootsflüchtlinge über den Ärmelkanal nach Frankreich zurückgeführt.

Die Reform des Wahlrechts für die Kommunalwahlen in Paris, Lyon und Marseille ist vom französischen Parlament verabschiedet worden. Die Kommunalwahlen im März 2026 in Paris, Lyon und Marseille werden damit erstmals nach denselben Regeln ablaufen wie in allen anderen Gemeinden Frankreichs. Künftig gibt es zwei Stimmzettel: einen für die Wahl der Bezirksräte, wie bisher, und einen weiteren, mit dem die Zusammensetzung des Stadtrats bestimmt wird – analog zum Verfahren in den übrigen Kommunen. Der Weg zu dieser Gesetzesänderung war von zahlreichen Hürden geprägt. Der Senat hatte den Entwurf zweimal abgelehnt, wobei die Kritik vor allem auf die angeblich zu kurzfristige Umsetzung vor den Wahlen 2026 und die mögliche Schwächung der Bezirksbeziehungsweise Sektor-Bürgermeistereien abzielte. Trotz dieser Widerstände setzte die Regierung das Vorhaben durch und übertrug der Nationalversammlung das letzte Wort. Die Reform wurde von der Mehrheit der Regierungskoalition, dem *Rassemblement National* sowie der linkspopulistischen Bewegung *La France Insoumise* unterstützt. Die Vereinheitlichung des kommunalen Wahlrechts war eines der erklärten Ziele von Präsident Emmanuel Macron, der seit Jahren auf eine solche Reform drängt.

Nach der Verurteilung von Marine Le Pen am 31. März sieht sich der *Rassemblement National* erneut mit einer Affäre konfrontiert, diesmal wegen mutmaßlich illegaler Darlehen und Spenden. Am 9. Juli, wurde die Pariser Parteizentrale im Rahmen eines laufenden Ermittlungsverfahrens durchsucht. Das Verfahren, dass bereits im Juli 2024 eingeleitet wurde, konzentriert sich vor allem auf Privatdarlehen, die dem *Rassemblement National* zur Finanzierung des Präsidentschaftswahlkampfs 2022, der anschließenden Parlamentswahlen sowie der Europawahlen 2024 gewährt worden sein sollen. Die Partei reagierte empört auf das Vorgehen der Justizbehörden. Jean-Philippe Tanguy, Abgeordneter des *RN*, warf den Ermittlern vor, gezielt gegen die Partei vorzugehen. „Wir wurden zugunsten von Richtern oder eines bestimmten Richters ausspioniert. Das ist de facto Spionage, denn sie haben alles geöffnet, auch Akten, die damit nichts zu tun haben“, erklärte Tanguy. Laut Parteichef Bardella wurden bei der Durchsuchung alle Unterlagen beschlagnahmt, seiner Meinung nach ein Vorwand zur Durchsuchung seines Büros.

Die französischen Arbeitgeberverbände Medef (Bewegung der französischen Unternehmen) und CPME (Bund der kleinen und mittleren Unternehmen) haben eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, um der zunehmenden Zahl von Krankschreibungen entgegenzuwirken. Im Jahr 2023 beliefen sich die Ausgaben der französischen Sozialversicherung für Lohnersatzleistungen bei gewöhnlicher Krankheit – also bei Erkrankungen, die nicht im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit stehen – auf 10,21 Milliarden Euro. Diese Summe ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen, mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 6,4 % zwischen 2019 und 2023. Die wirtschaftlichen Gesamtkosten aller krankheitsbedingten Arbeitsausfälle werden auf rund 130 Milliarden Euro geschätzt, was etwa 4 % des französischen BIP entspricht. Angesichts dieser Entwicklung fordert

Medef Maßnahmen, wie die Pauschalisierung der Krankengeldzahlungen – das heißt, alle Arbeitnehmer sollen unabhängig von ihrem Einkommen den gleichen Betrag erhalten – sowie die Einführung eines Karenztags, für den kein Lohnersatz gezahlt wird. Der CPME geht noch einen Schritt weiter und schlägt vor, in den ersten drei Tagen einer Krankmeldung überhaupt keine Zahlungen zu leisten. Beide Verbände argumentieren, dass solche Maßnahmen einen Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen leisten könnten. Hintergrund ist ein Haushaltsdefizit von 40 Milliarden Euro, das die Regierung im kommenden Jahr zu verringern plant.

Das Gesetz zur „Neugründung“ von Mayotte wurde endgültig verabschiedet. Mayotte, das ärmste französische Übersee-Departement, wurde im Dezember vom Zyklon „Chido“ getroffen. Nun hat das französische Parlament ein Gesetz verabschiedet, das über einen Zeitraum von sechs Jahren Investitionen in Höhe von vier Milliarden Euro vorsieht, um die Verwaltung und die soziale Lage der Insel grundlegend zu verbessern. Das Gesetz strebt eine Angleichung der Sozialleistungen an. Aktuell ist beispielsweise der Mindestsatz des RSA (Einkommen aus aktiver Solidarität, ein Mindesteinkommensniveau, das je nach Zusammensetzung des Haushalts variiert) in Mayotte nur halb so hoch wie auf dem französischen Festland, trotz großer Armut und hoher Lebenshaltungskosten. Laut Überseeminister Manuel Valls gehören die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des informellen Wohnungsbaus zu den Prioritäten des Gesetzes. Zudem sieht das Gesetz eine vollständige Volkszählung vor, da die tatsächliche Einwohnerzahl als unterschätzt gilt.

In Frankreich reagiert man schockiert auf den Selbstmord des Abgeordneten Olivier Marleix (*Les Républicains*). Es ist noch nicht bekannt, aus welchen Gründen sich der 54-Jährige das Leben genommen hat. Marleix war von 2022 bis 2024 Vorsitzender der Fraktion der *Républicains* in der Nationalversammlung. Emmanuel Macron würdigte ihn als „erfahrenen Politiker“, der „seine Ideen mit Überzeugung verteidigte“.

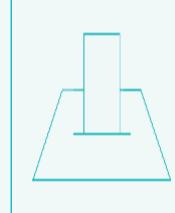
DIE ZAHL DER WOCHE

211 Milliarden Euro

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0

Ein Untersuchungsausschuss des französischen Senats hat am 8. Juli 2025, einen Bericht vorgelegt, der sich mit der Verwendung öffentlicher Beihilfen für Großunternehmen und deren Zulieferer befasst. Aus dem 470 Seiten starken Dokument geht hervor, dass der Staat jährlich rund **211 Milliarden Euro** an die größten Unternehmen des Landes überweist, meist ohne klare Gegenleistungen oder verbindliche Auflagen. Etwa zwei Drittel dieser Summe werden als direkte Zuschüsse gewährt, das übrige Drittel besteht aus Darlehen, rückzahlbaren Vorschüssen und Steuererleichterungen. Dem Bericht gingen 58 Anhörungen mit insgesamt 87 Stunden Gesprächsdauer voraus. Befragt wurden 33 große Unternehmen sowie Vertreter eines Dutzends staatlicher und öffentlicher Institutionen, Ökonomen, Gewerkschaften, zwei amtierende Minister (Éric Lombard und Catherine Vautrin), zwei ehemalige Minister (Bruno Le Maire und Arnaud Montebourg) sowie zwei Präsidenten regionaler Räte.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Geoffroy Boulard (*Les Républicains*), Bürgermeister des 17. Arrondissements von Paris und Vorsitzender der größten Oppositionsgruppe im Pariser Stadtrat, ruft seine politische Familie dazu auf, sich rechtzeitig und geschlossen auf die Kommunalwahlen im März 2026 vorzubereiten. Eine Wahl, die das bürgerlich-konservative Lager seiner Einschätzung nach derzeit klar nicht gewinnen könne. Um diesem Zustand entgegenzuwirken, schlägt Boulard die Organisation einer parteiinternen Vorwahl bei den *Républicains* vor. Angesichts mehrerer Interessenten, darunter Rachida Dati, amtierende Kultusministerin und Bürgermeisterin des 7. Arrondissements, sowie Francis Szpiner, Senator, sei es nun an der Zeit, dass die rund 11.000 Mitglieder der Pariser *Républicains* eine klare Entscheidung treffen. Boulard fordert alle potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten auf, ihre Vision für Paris öffentlich vorzustellen. „Wir dürfen nicht in eine Schockstarre verfallen“, mahnte er.